

Rede
von Bürgermeister Werner Arndt
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2019
in der Ratssitzung am 30. Oktober 2018

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

ich möchte meine Einbringungsrede zum Haushalt in diesem Jahr mit einem Zitat des deutschen Dichters Hermann Hesse beginnen: **„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden“.**

Einen Haushalt aufzustellen, gilt als die wichtigste Aufgabe einer Stadt. Denn der Haushalt bildet die Grundlage kommunalen Handelns, er ist die Basis unserer Selbstverwaltung und somit lebendige Demokratie. Deshalb freue ich mich, dass wir heute sozusagen ein volles Haus haben, und begrüße Sie herzlich zu unserer Ratssitzung, auf der wir den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr zur Beratung vorlegen.

Wenn die Finanzen auf den Tisch kommen, geht es um mehr als Einnahmen und Ausgaben. Dann geht es um Zukunft, dann werden die Weichen für die künftige soziale und wirtschaftliche, für die kulturelle und ökologische Entwicklung unserer Stadt gestellt. Dann sind Politik und Verwaltung gefordert – frei nach Hesse – auch scheinbar unmögliche Aufgaben anzugehen und das Bestmögliche für die Stadt zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh – und auch ein bisschen stolz –, dass ich Ihnen heute den Haushaltsentwurf einschließlich der 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für das Haushaltsjahr 2019 vorlegen kann. Das ist nicht selbstverständlich.

Als Stärkungspaktkommune der Stufe I hat die Stadt Marl gemäß des Stärkungspaktgesetzes verpflichtend einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Zu meiner großen Freude wird uns dies auch für 2019 gelingen.

Unser Entwurf wäre auf dem Papier genehmigungsfähig, da er für alle Planungsjahre einen – wenn auch knappen – Haushaltsausgleich darstellen kann. Unser Dezernent und Kämmerer Michael Dinklage wird Ihnen gleich den Haushaltsentwurf 2019 in den Grundzügen vorstellen und erläutern.

Erlauben Sie mir, Ihnen vorab einige Gründe aufzuzeigen, warum die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes für die Stadt Marl auch in den kommenden Jahren eine Herausforderung bleiben wird.

Nach wie vor ist die an den Kreis Recklinghausen abzuführende Kreisumlage der größte Aufwandsposten im städtischen Haushalt. Der Entwurf des Kreishaushaltes für 2019 geht erfreulicherweise von einer Senkung des Umlagebedarfs des Kreises aus und gibt die Entlastungswirkungen an die kreisangehörigen Städte weiter – das ist gut so. Dies hilft den kreisangehörigen Städten, die Ziele der Haushaltssanierung zu erreichen.

Aber: Wie Sie alle wissen, ist der vom Kreistag gefasste Beschluss für einen Neubau des Kreishauses wieder zurückgenommen worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die für die nächsten Jahre angekündigten dringenden Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen auf den Kreishaushalt und damit auf die von den Städten zu tragende Kreisumlage auswirken wird.

Nach der Kreisumlage stellen die Personal- und Versorgungsaufwendungen einen weiteren großen Anteil der Aufwendungen dar. Die Steigerung der Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert zum einen aus einer notwendigen Stellenausweitung, auf die ich gleich noch näher eingehen werde. Zum anderen wirken sich hier die aktuellen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst aus. Nach der Kreisumlage und den Personalaufwendungen stehen die Aufwendungen im Sozialbereich jedes Jahr wieder im Mittelpunkt.

Mit rund 33,6 Mio. Euro in 2019 liegen die Aufwendungen „nur“ etwa 1,8 Mio. Euro über dem Jahresergebnis 2017. Die hohen Steigerungssätze der letzten Jahre haben sich im Vorjahr nicht verstetigt – eine gute Nachricht.

Der Bereich der Hilfen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz wird sich aufgrund abnehmender Fälle und aufgrund des Wechsels in andere Hilfearten nach der Anerkennung als Asylbewerber weiter vermindern. Dafür steigen jedoch die Aufwendungen für die Integration der anerkannten Flüchtlinge in anderen Bereichen. Auch in Marl sind umfassende Maßnahmen zur Integration nach wie vor notwendig.

Fest steht: Der Stadt entstehen erhebliche Mehrausgaben, die bislang nur zum Teil über die Regelsysteme und über bereits bestehende Förderprogramme abgedeckt werden.

Auch in Marl wird sich entscheiden, ob die Integration gelingt oder wie viel Chancengleichheit es gibt, um nur zwei Beispiele zu nennen. Und da waren uns in den letzten Jahren oft die Hände gebunden.

Doch ohne Kommunen ist kein Staat zu machen.

Integration kann nur gelingen, wenn die Städte – und insbesondere die Stärkungspaktkommunen – personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung erhalten.

Ich schließe mich deshalb der wiederholten Forderung der kommunalen Spitzenverbände auf die Weiterleitung der auf NRW entfallenden Bundesmittel vom Land an. Bund und Länder müssen sich dauerhaft an den Kosten der Integration beteiligen und dürfen die Kommunen hier nicht im Regen stehen und finanziell ausbluten lassen!

Meine Damen und Herren, bereits in meinen letzten Haushaltsreden habe ich mein Unverständnis zum Ausdruck gebracht, dass es nicht sein kann, dass wir einerseits im Rahmen des Stärkungspaktes zu einem strikten Sparkurs verpflichtet werden, andererseits aber der Erfolg unserer Haushaltskonsolidierung durch die stetig ansteigenden Sozialkosten und Aufgaben, die Land und Bund uns ohne entsprechende Gegenfinanzierung aufbürden, gefährdet wird.

Ziel muss es weiterhin sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu sichern, die angekündigte weitere Entlastung der Städte von Sozialausgaben abzusichern und die Investitionskraft der Kommunen dauerhaft zu verbessern.

All diese Aufwendungen im städtischen Haushalt müssen im Wesentlichen über Zuweisungen, Gebühren und Entgelte, Kostenerstattungen sowie den Steuereinnahmen der Stadt Marl finanziert werden.

Die Steuersätze sind bekanntermaßen in Marl schon zu Beginn des Stärkungspaktes auf Höchstwerte angehoben worden. Weitere Steuererhöhungen sind aus meiner Sicht nicht darstellbar und somit auch im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht vorgesehen.

Dass unsere Steuereinnahmen in den letzten Jahren stetig gestiegen sind, liegt insbesondere an den Gewerbesteuererträgen. Mit voraussichtlich über 100 Millionen Euro werden wir im laufenden Jahr wahrscheinlich das bisher höchste Gewerbesteuerergebnis des Jahres 2016 erreichen, vielleicht sogar übertreffen. Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Gewerbesteuer hat sich zur wichtigsten Ertragsposition im Haushalt gemausert.

Insbesondere vor dem Hintergrund der jetzt anlaufenden Zukunftsprojekte, wie der Entwicklung von gate.ruhr, weiterer Bau- und Gewerbeflächen oder auch der Rathaussanierung, ist eine Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes und des Haushaltssanierungsplanes zwingend notwendig.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung zeigt: Marl steht so gut da wie lange nicht mehr, die Wirtschaft floriert. Der Chemiapark ist mit seinem großen innovativen Potenzial der leistungsstärkste Motor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und der Region. Aktuell wird eine der wichtigsten Investitionsentscheidungen in der Chemiewelt getroffen und hoffentlich zugunsten des Chemiestandortes Marl ausfallen. Etwa 1,5 Milliarden Euro sollen in sieben innovative Projektbereiche fließen und der Chemiapark damit zukunftsfähig gemacht werden.

Auch außerhalb der Chemie läuft der Motor auf Hochtouren. Marl hat sich in den vergangenen Monaten zu einem aufstrebenden Logistik-Standort mit positiven Beschäftigungsimpulsen für die gesamte Region entwickelt. Im Interkommunalen Industriepark Dorsten/Marl hat die Bertelsmann-Tochter Arvato ihr neues Distributionszentrum errichtet. Der Industriepark ist inzwischen voll belegt. Über 1.700 Arbeitsplätze wurden hier bereits geschaffen, 600 weitere sollen durch Expansionen hinzukommen.

Nur wenige Kilometer entfernt steht am Chemiepark der größte Logistik-Standort der Metro und zugleich der größte Handelslogistik-Park in Deutschland mit zirka 1.000 Arbeitsplätzen. Einige hundert Menschen aus unserer Region, darunter auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte, haben hier eine neue Beschäftigung erhalten. Investoren streben die umfassende Revitalisierung des Einkaufszentrums Marler Stern und planen neue Engagements in Einzelhandel und Gastronomie in der Hülser Mitte an.

Solche Beispiele, meine Damen und Herren, stimmen mich zuversichtlich, dass der Strukturwandel in Marl gelingen kann und wir gestärkt in die Zukunft schauen können. Mit anderen Worten: das Eisen ist heiß, lassen sie es uns gemeinsam schmieden, für eine gute Zukunft unserer Stadt Marl. Trotz der Verpflichtung, alle Sparvorgaben des Stärkungspaktes einzuhalten, dürfen wir die Investitionen in die städtische Infrastruktur, also in öffentliche Gebäude und Straßen, nicht aus den Augen verlieren.

In 2019 sieht der städtische Haushaltsentwurf Investitionsmaßnahmen von über 37 Millionen Euro vor. Nur mit einem genehmigungsfähigen Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan können wir auch weiterhin diese Projekte angehen, die für die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt so wichtig sind. Wir wollen jetzt wegweisende Projekte wie etwa den Neubau der Goetheschule in Marl-Brassert, den Umbau „Marshall 66“, die Sanierungen der Dreifachturnhalle an der Willy-Brandt-Gesamtschule und am GiL, die Versorgung unserer Schulen mit moderner Glasfasertechnik oder den Neubau der Rettungswache an der Herzlia-Allee angehen beziehungsweise fortsetzen.

Meine Damen und Herren, was uns alle sehr bewegt, ist die anstehende Rathaussanierung. Die Architekten und Planer arbeiten mit Hochdruck an der detaillierten Planung. Die städtischen Mitarbeiter sollen in den nächsten Wochen und Monaten in die bekannten Dependancen umziehen. Für die Herrichtung der Außenstellen und den Umzug der Ämter und Abteilungen sind Gelder im laufenden Haushalt und in der Finanzplanung enthalten.

Weitere Anträge zu den förderfähigen Bereichen im Zuge der Rathaussanierung werden vorbereitet und gestellt. Die bislang nicht veranschlagten Förderungen und Zuwendungen des Landes werden die aufzunehmende Kredithöhe entsprechend verringern und so zu Einsparungen bei den Zinsaufwendungen führen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang bitte noch anmerken: Seit vielen Jahren sprechen und diskutieren wir über die Sanierung unseres Rathauses. Doch so weit wie jetzt waren wir nie!

Auch ist die Sanierung im Haushalt konkret darstellbar. Und obwohl wir in den kommenden Jahren nicht unerhebliche Kredite aufnehmen werden, müssen wir auf zusätzliche Investitionen in die städtische Infrastruktur nicht verzichten. Allen Unkenrufen zum Trotz sollten wir jetzt meine ich weiter nach vorne blicken. Die Sanierung des Rathauses ist kein isoliertes Vorhaben, sondern eingebettet in ein umfassendes Erneuerungsprogramm für das Stadtzentrum – das möchte ich heute noch einmal ausdrücklich betonen.

Deshalb bin ich dem Rat der Stadt Marl sehr dankbar, dass er nach lebhafter und emotionaler Debatte die Fortführung der Rathaussanierung mit breiter Mehrheit beschlossen hat. Das ist eine historische Entscheidung für unsere Stadt.

Das architektonisch bedeutsame Rathaus ist für viele Bürgerinnen und Bürger das Wahrzeichen Marls und Sinnbild für den Wiederaufbau unserer Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ich bin überzeugt: All diejenigen, die bei der Sanierung unseres Rathauses noch immer zögern, werden später einmal stolz sein auf ein Gebäude, das als kulturelles Erbe der Stadt erhalten bleibt.

Vielleicht mag es dann für den einen oder anderen die Liebe auf den zweiten Blick sein.

Für mich ist klar: Marl ohne Rathaus ist wie Köln ohne Dom!

Meine Damen und Herren, wir haben immer gesagt: zum Stärkungspakt Stadtfinanzen gibt es keine Alternative. Politik und Verwaltung müssen jetzt weiter an einem Strang ziehen. Wir müssen nun die nächsten Schritte machen, um unser großes Ziel zu erreichen: eine nachhaltige Konsolidierung unseres Haushaltes.

Wir in Marl haben unsere Hausaufgaben als Stärkungspaktkommune in den vergangenen Jahren stets zuverlässig gemacht. Die Haushaltssanierungspläne der Stadt Marl für die Jahre 2012 bis 2018 wurden von den Aufsichtsbehörden genehmigt und die bisher festgestellten Jahresergebnisse waren – bis auf eine begründete Ausnahme in 2017 – stets deutlich besser als geplant. Der vom Stärkungspaktgesetz geforderte Haushaltsausgleich wird in 2018 voraussichtlich auch wieder erreicht.

Werfen wir zuletzt einen Blick auf den Stellenplanentwurf 2019. Er weist gegenüber dem Stellenplan aus dem Vorjahr ein Saldo von 13,74 Stellen mehr aus, vorwiegend in den Bereichen Integration und Jobcenter (Sozialamt) sowie Kindertagesstätten und im Allgemeinen Sozialen Dienst (Jugendamt). Die konkreten Auswirkungen dieser Stellenneueinrichtungen und Stellenverzichte auf die Personalausgaben sind in der Sitzungsvorlage zur Einbringung des Stellenplanentwurfes 2019 beschrieben, so dass ich auf eine Erläuterung an dieser Stelle verzichten kann.

Darüber hinaus erfolgt eine detaillierte Darstellung der Veränderung der Personalausgaben wie in den Vorjahren im Rahmen des Berichtswesens zum Stärkungspakt und hier konkret in Form der Controllingberichte. Ich möchte dies nur kurz in Erinnerung rufen. Der Blick auf die Veränderungssalden des vorliegenden Stellenplanentwurfes ist insoweit nicht zielführend.

Stelleneinrichtungen und andere personalwirtschaftliche Maßnahmen erfolgen stets unter den engen Voraussetzungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. In diesem Rahmen darf die Gemeinde ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Mehraufwendungen im Personalbereich sowohl für pflichtige als auch für freiwillige Aufgaben müssen im Haushalt kompensiert werden.

Auf einige Kerndaten der Personalausgabenentwicklung möchte ich dennoch kurz eingehen. Selbstverständlich werden die vom Rat beschlossenen HSP-Maßnahmen 1 und 1 a zur Senkung der Personalausgaben umgesetzt. Auch hier berichtet die Verwaltung regelmäßig in den Controllingberichten zum Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan.

Ich bitte aber um Verständnis, dass zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Marl in diesem Jahr im Planungs- und Umweltamt oder im Bauordnungsamt Stellenerweiterungen notwendig sind, um wichtige Projekte gewissenhaft abarbeiten zu können. Das kommt dem Investor wie auch dem privaten Häuslebauer gleichermaßen zugute. Daneben wurden zusätzliche Personalressourcen vor allem im Jobcenter des Amtes für Arbeit und Soziales und zur Integration von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt, die größtenteils refinanziert sind.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Ausblick auf den Änderungsdienst werfen, der Ihnen im November zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Im Änderungsdienst sind weitere Stelleneinrichtungen im Baudezernat für die Abarbeitung von Großprojekten vorgesehen. Auch bei der Feuerwehr werden wir zum Änderungsdienst zusätzliche Stellen ansetzen. Diese werden aber nur vorübergehend benötigt – zum Beispiel als Planstellennachweis für Nachwuchskräfte. Dies wurde durch Anbringung korrespondierender kw-Vermerke dokumentiert.

Meine Damen und Herren, die Sanierung unseres Haushaltes ist und bleibt eine Herkulesaufgabe. Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2019 wurde von der Verwaltung trotz der an vielen Stellen vorhandenen personellen Engpässe wieder mit höchster Sorgfalt erstellt.

Dafür danke ich allen Beteiligten und insbesondere dem engagierten Team unseres Amtes für kommunale Finanzen um Frau Zupke und unserem Dezernenten und Kämmerer Michael Dinklage ganz herzlich.

Auch möchte ich den Fraktionen, die die Haushaltskonsolidierung bisher aktiv mitgetragen haben, ganz besonders danken für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für ihre Stadt zu übernehmen.

Liebe Ratsmitglieder, mit der heutigen Einbringung des Haushaltsentwurfs in den Rat ist die Debatte eröffnet und ich hoffe auf eine konstruktive und faire Diskussion. Die Entscheidung über den Haushalt 2019 liegt jetzt in Ihren Händen. Ich kann Ihnen versichern: die Verwaltung wird alles in ihrer Macht stehende dafür tun, dass der eingeschlagene Weg konsequent und erfolgreich zu Ende gegangen wird.

Wie jedes Jahr lade ich besonders die Fraktionen, die den Haushalt bisher nicht mitgetragen haben, erneut herzlich ein, sich den Beratungen nicht zu verschließen. Lassen Sie uns immer wieder das Unmögliche versuchen, damit das Mögliche entsteht (Hesse). Lassen Sie uns gemeinsam zu guten Beschlüssen für die weitere Entwicklung unserer Stadt kommen und diese dann auch, wie bisher, mit vereinten Kräften umsetzen.

Die Verwaltung und der Bürgermeister stehen Ihnen dabei jederzeit gerne zur Verfügung. Die Fraktionen von SPD, CDU, BUM/FDP und Linke haben bereits feste Beratungstermine mit der Verwaltung vereinbart. Selbstverständlich stehen wir auch den anderen Fraktionen gerne beratend zur Seite.

Vielen Dank und Glückauf!